



SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS
SPD-Fraktion der Stadt Kitzingen

Astrid Glos, Keltenstraße 15c, 97318 Kitzingen

SPD Stadtratsfraktion
Astrid Glos
Fraktionsvorsitzende
Referentin für Integration

Keltenstraße 15 c
97318 Kitzingen
Fon: 09321 – 22239
astridglos@web.de

Herrn Oberbürgermeister
Siegfried Müller

Kaiserstraße 13 – 15
97318 Kitzingen

Kitzingen, 4. April 18

„Mit Fördermitteln günstig Sozialwohnungen bauen“ hier: Antrag auf Information aus erster Hand und weitere Vorgehensweise zu Realisierung

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen des Stadtrates,

heute war in der Presse zu lesen, dass kürzlich alle Bürgermeister des Landkreises das kommunale Förderprogramm des Freistaates seitens der Regierung von Unterfranken, Herrn Claus Kiesel, vorgestellt bekamen. Dabei warb er, so der Presse zu entnehmen, eindringlich, diese Fördergelder auszuschöpfen.

Wir alle wissen, dass in vielen Städten und auch im ländlichen Raum bezahlbarer Wohnraum fehlt. Das sorgt immer mehr zu sozialen Spannungen. Durch das neu aufgelegte Förderprogramm kann Not gelindert werden, wenn wir dies auch nutzen. Auch wir hier in Kitzingen haben ein erhebliches Defizit. Mit diesen Fördermitteln könnten wir bauen, erweitern, modernisieren, Grundstücke und Gebäude kaufen. Einige unserer Nachbargemeinden und auch in Nachbarlandkreisen machen es uns vor. Da gibt es auch Grundstücke, ältere Häuser, die aufgekauft werden Auch ein eventuelles eingetragenes Vorkaufsrecht könnte da einmal ausgeguckt werden, wenn wir uns als Stadt im Vorfeld zu einer eigenen Sanierung und damit zur Schaffung von sozialem Wohnungsbau durchringen. Gegebenenfalls könnte auch ein derzeitiger Eigentümer darauf angesprochen werden und an uns verkaufen.

Gerade wir hier in Kitzingen haben eine Vielzahl an Problemlagen, denken wir vor allem an die durchschnittlich verdienenden Familien, die bezahlbaren Wohnraum suchen. Die Flüchtlinge, die aufgrund der Schließung von dezentralen Unterkünften fast alle bei uns in Kitzingen leben. Sie werden hier anerkannt mit Landkreisohnsitzauflage und aufgrund von nicht vorhandenen Fortbewegungsmitteln brauchen sie einen Wohnsitz in Kitzingen, da noch Bahnanschluss und dann sind da auch noch die Menschen in unserem Notwohngebiet.

Wie der Presse zu entnehmen war, sieht die Förderung vor, dass die Kommune 30 Prozent der zuschussfähigen Kosten als Zuschuss bekommt, weitere 60 % können durch ein Null-Zins-Darlehn abgedeckt werden, bei 10 Jahren Laufzeit und bei 10 Prozent Eigenanteil der Stadt. Auflagen, ja: Vermietung an einkommensschwache Haushalte und 20 Jahre Bindung als Sozialwohnung. Wir

SPD-Fraktion der Stadt Kitzingen
Keltenstraße 15 c
97318 Kitzingen

Fon 09321-22239
astridglos@web.de
www.spd-stadt-kitzingen.de

sollten wenigstens uns damit befassen und eine zukünftige Vorgehensweise aufstellen. Denn das haben wir bisher so explizit nicht gemacht. Vielleicht erinnern Sie sich, dass wir schon einmal den Vorstoß unternahmen, zu überdenken, bei welchem städtischen Gebäude hier investiert werden könnte, bei welchem ein weiteres Stockwerk aufgerichtet werden könnte... Dieses Förderprogramm würde uns nun in die Hände spielen und das eine oder andere zulassen. Wie lange gilt dieses Programm?

Betrachten wir die Breslauer Straße. Hier soll in sozialen Wohnungsbau investiert werden, aber wann sind diese Wohnungen bezugsfertig? Bis heute ist noch kein Bagger gerollt. Entmietung läuft seit 2012/2013. Wie es im Galgenwasen weiter geht, auch darüber ist noch nicht schlussendlich entschieden, nachdem gerade die Kosten ermittelt werden. Für alles brauchen wir unendlich viel Zeit.

Wir beantragen:

1. Herrn Kiesel von der RUF einzuladen und diesen, seinen Vortrag, bei uns im Stadtrat zeitnah vorzustellen und alle damit verbundenen Möglichkeiten uns aufzuzeigen
2. Diskussion über unsere eigenen Möglichkeiten und ggf. Flächen, Häuser ... in unserem Stadtgebiet bereitzustellen
3. Prioritäten zu setzen und auch die zeitliche Vorgabe, wie wir mit Hilfe dieses Förderprogrammes der Wohnungsnot in Kitzingen die Stirn zeigen, anhand von möglichen Standorten/Häusern. (Anmerkung: ... und das nicht nur in der Breslauer Straße)

Alle Investoren bauen hochwertigen Wohnraum in unserer Stadt, das ist wichtig und richtig, aber es lässt das soziale Gefüge noch weiter auseinanderklaffen. Dem sollten wir entgegenwirken und nicht erst 2025, wenn der erste Bürger in der Breslauer Straße in den neu errichteten Straßenzug einzieht.

Wir bitten um zeitnahe Entscheidung im Gremium und um Zustimmung, sich dieser Thematik zu nähern.

Mit freundlichen Grüßen



Astrid Glos
Fraktionsvorsitzende SPD